Danziger Dampfboot.

№ 297. Donnerstag, den 20. December. 1866. 37ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Pesth, Mittwoch 19. December.

Die Magnatentafel hat in ihrer heutigen Sitzung den Adreßentwurf der Deputirtentafel mit überwiegender Majorität angenommen.

Agram, Mittwoch 19. December.

Der kroatische Landtag hat die Adresse en bloc angenommen.

Florenz, Dienstag 18. December.

General Fleury ist heute abgereist. Die „Opinione“ schreibt: Man glaubt, Italien werde von der Pforte Genugthuung fordern, weil die Türken am 8. d. in den kandischen Gewässern einen italienischen Postdampfer angegriffen haben, worin sie Freiwillige für Kandia vermutheten.

Brüssel, Mittwoch 19. December.

In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer bestätigte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Rogier, daß die belgische Regierung in Betreff der mit Holland über die Schiffbarkeit der Schelde schwebenden Differenzen an die bei dieser Angelegenheit am Meisten betheiligten Mächte appellirt hat. Das Resultat dieses Appells sei zwar noch kein definitives, es sei aber Grund zu glauben, daß die Mächte nicht anstehen werden, sachverständige und unparteiische Ingenieure zu ernennen, welche nicht als Schiedsrichter auftreten würden, sondern als berathendes Comité, und hierin läge nichts Feindseliges gegen Holland.

Paris, Mittwoch 19. December.

Der „Abendmoniteur“ sagt in seinem Bulletin, indem er die Mission Tonello's bespricht: Man ist zu glauben berechtigt, daß die italienische Regierung über die gute Wirkung, welche die Rückkehr der Bischöfe hervorgebracht hat, glücklich ist und daß sie es für eine Ehrensache halten wird, auf dem Wege zu beharren, indem sie eine vollständige Beruhigung der Gewissen und ein loyales Einvernehmen der bürgerlichen und geistlichen Behörden erstrebt. Die Wahl der Stadt Florenz als Hauptstadt war ein Pfand für die Weihe der neuen Politik. Es ist zu hoffen erlaubt, daß die päpstliche Regierung nicht mehr anstehen wird, die ökonomischen und materiellen Maßnahmen, welche durch die Natur der Dinge geboten sind, in's Auge zu fassen und ihre Beziehungen zu ihren Unterthanen und zu Italien auf fester Basis zu begründen. — Die „France“ meint, daß die Reise der Kaiserin einen Aufschub erleiden könne. — „Temps“ glaubt zu wissen, daß die Akte über die Abdankung des Kaisers Maximilian an die französische Regierung gelangt ist.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

46. Sitzung. Dienstag, 18. December.
Abend-Sitzung.

Präsident: von Forckenbeck. Eröffnung: 7 Uhr 25 Minuten.

Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Kommissare. (Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt.)

Es wird sofort in die Tagesordnung, in die Specialberathung des Genossenschafts-Gesetzes (Antrag des Abg. Schulze-Berlin und Regierungsvorlage) eingetreten. — Zu § 1 hat der Abg. Dr. Glaser ein Amendement gestellt, welches eine Beschränkung derjenigen Vereine bezweckt, die das Gesetz treffen soll. Er will nur solche Vereine dem Gesetz unterwerfen, die sich auf ihre Mitglieder beschränken. — Abg. Schulze (Berlin) empfiehlt die Ablehnung dieses Amendements. — Abg. Dr. Glaser erwidert, daß sein Antrag im Interesse der Genossenschaften liege, damit dergleichen Vereine nicht die Grundlage zu großen Schwindelgeschäften würden, was zu fürchten sei, wenn das Gesetz z. B. auch auf Volksbanken 2c. ausgedehnt würde. — Der Referent Abg. Lasker erklärt sich gegen dies Amendement. — Das Amendement Glaser wird abgelehnt, der § 1 nach dem Vorschlage der Kommission angenommen. — Zu § 2 (Bedingungen zur Gründung der Genossenschaft) hat Abg. Wendisch ein Amendement gestellt, welches für den Fall der Annahme der Regierungsvorlage von der bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehenden Genossenschaft nur die schriftliche Abfassung des Gesellschaftsvertrages verlangt. Der Antragsteller motivirt diesen Antrag mit der thatsächlichen Unmöglichkeit der Umänderung der Form des bestehenden Statuts. (Der Handelsminister Graf Itzenplitz erscheint.) Der Regierungs-Commissar Geh. Rath Eck erklärt, daß die Regierung die Annahme ihres Vorschlages wünsche, wonach die Aufnahme der gerichtlichen Form für die Herstellung der Genossenschaft nothwendig ist. — Der Commissions-Antrag verlangt auch für die Neubildung von Genossenschaften eine schriftliche Abfassung des Gesellschafts-Vertrages und die Annahme einer gemeinschaftlichen Firma. — Das Amendement Wendisch wird eventuell angenommen, demnächst aber § 2 nach dem Commissions-Vorschlage genehmigt, wodurch das Amendement wiederum erledigt ist. — Zu § 3 (Bestimmungen über den Inhalt des Gesellschafts-Vertrages) beantragt Abg. Glaser einen Zusatz, wonach durch baare Einzahlungen ein Gesellschafts-Vermögen gebildet werden soll, welches mindestens dem dritten Theile des Nominalbetrages der sämmtlichen Geschäfts-Antheile gleichkommt. — Abg. Schulze geht aus Anlaß dieses Amendements auf die Solidarhaft im Gegensatz zu der Theilhaft ein und bezeichnet das Amendement als überflüssig. Man bekommt kein Geld, hat keinen Kredit, wenn man nicht die ganze Masse der Kraft einsetzt. Der Betheiligte muß seine Existenz einsetzen, weil er diese dadurch gewinnt. — Abg. Sommer hat einen Zusatz zu § 3 Nr. 7 beantragt, mit dem der Regierungs-Kommissar sich einverstanden erklärt. — Abg. Wagener (Neustettin): Da er bei der Generaldebatte präkludirt sei, so wolle er seine Stellung dem Gesetzentwurfe gegenüber darlegen. Er stimme gegen denselben, 1) weil er die Sache zur Gesetzgebung noch nicht reif halte, 2) weil der Gesetzentwurf verschiedene Dinge mit einander vermische und sie alle nach gleichen Prinzipien behandle, 3) weil er durch diesen Entwurf die Freiheit der Entwickelung der Genossenschaften nach allen Seiten hin beeinträchtigt sehe, und 4) weil er ein entschiedener Gegner der Solidarhaft sei. — Auch ich bin ein großer Freund der Solidarität und der Solidarität hier im Hause, wie Abg. v. Vincke gewünscht hat, aber ich möchte ihn doch fragen, ob er auf Grund der Solidarität die Solidarhaft hier im Hause übernehmen will. (Heiterkeit.) Solidarität und Solidarhaft ist ein großer Unterschied. — Sie werden in ganz kurzer Zeit dahin kommen, über die Staatsunterstützung auf diesem Gebiete ganz andere Reden zu halten (oh!). Lassalle war ein großer schöpferischer Geist, was man nicht von allen National-Oekonomen sagen kann. Seine Irrthümer waren die eines großen Mannes. — Abg. v. Vincke (Hagen) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Vorredners. Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, den kleinen Leuten die Gelegenheit zu geben, mit dem großen Kapital zu konkurriren. Der Abg. Wagener hat Solidarität mit Solidarhaft zusammengeworfen; er meint, wir sollen also die Verbindlichkeiten für einzelne Abgeordnete übernehmen, vielleicht für ihn selbst? (Heiterkeit.) Die Solidarität, wie ich sie verstehe, übernehme ich für ihn, für sein Vermögen übernehme ich keine Haft. (Heiterkeit.) Die Genialität Lassalles will ich nicht in Frage stellen, wenn derselbe aber eine baare Unterstützung des Staates verlangt, dann ist das etwas Verderbliches. Die Genossenschaften wollen auf dem gesunden Boden der Selbstthätigkeit stehen, auf diesem wollen wir sie durch Annahme des Gesetzentwurfes erhalten. (Beifall.) — Die Diskussion wird geschlossen. — Die Amendements Glaser werden abgelehnt; der Kommissionsvorschlag mit dem Amendement Sommer wird angenommen. — § 4. (Genehmigung der Genossenschaft durch den Oberpräsidenten.) Abg. v. Kardorff erklärt, daß er und seine Freunde für den Gesetzentwurf nach den Kommissionsvorschlägen stimmen werde, weil er glaube, daß derselbe auf gesunden Prinzipien beruhe und daher wesentlich konservativ sei. — Auch werde er für die von der Kommission beantragte Streichung des § 4 stimmen. — Abg. Schulze (Berlin) befürwortet die Streichung. Politik treiben wir außerhalb solcher Vereine und nicht mit solchen Mitteln. Die Sympathie des Abg. Wagener für kleine Leute zeigt sich nur bei großen Gelegenheiten und nur bei solchen Leuten, die eben mit solchen Mitteln zu bekommen sind. (Beifall.) Kein Gesetz ist besser als ein schlechtes Gesetz. — Abg. Wagener bestreitet, daß er von solchen Kassen Leute von andrer politischer Gesinnung ausschließe. Im Gegentheil, wir suchen solche Leute heranzuziehen. — Abg. Schulze (Berlin): Es handelt sich um die Vorschußkasse des preußischen Volksvereins, mit welcher der Abg. Wagener in Verbinduug steht. — § 4 wird fast einstimmig gestrichen. — Die sämmtlichen Paragraphen des Gesetzes werden ohne weitere Debatten genehmigt und darauf das ganze Gesetz angenommen. (Ruf: Bravo.) Damit schließt die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Schleswig-Holsteins 2c.

Herrenhaus.

14. Sitzung. Mittwoch, den 19. December.

Am Ministertisch die Minister Graf Itzenplitz, später v. d. Heydt, Graf zur Lippe, v. Selchow, mehrere Regierungs-Kommissare. Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Hierbei wird ein Schreiben des Ministers des Innern vom 26. vorigen Monats verlesen, wonach Se. Majestät der König den Beschluß des Herrenhauses, den Grafen Clemens von Westphalen seines Sitzes im Hause für verlustig zu erklären, bestätigt. Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist: Bericht der IX. Kommission über die Vorlage der Königl. Staatsregierung vom 11. Juli d. J., betreffend die Ertheilung der Genehmigung zu der Verordnung vom 12. Mai 1866 über die vertragsmäßigen Zinsen. Berichterstatter ist Herr von Brünneck-Jacobau. Die Kommission schlägt bekanntlich einen neuen Gesetz-Entwurf vor, wonach die Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen nur bis zum 1. April 1868 währen soll und beantragt: 1) der Verordnung vom 12. Mai 1866 die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen, 2) den erwähnten Gesetz-Entwurf anzunehmen, 3) die Beschlüsse unter 1) und 2) für untrennbar zu erklären, 4) den von der Kommission angenommenen Resolutionen beizustimmen, 5) die in der Sitzung vom 5. September dieses Jahres angenommene Resolution auf schleunige Bewirkung der Hypotheken-Reform aufrecht zu erhalten. Herr v. Brünneck-Jacobau erklärt als Berichterstatter, daß er zwar als Referent die Pflicht habe, die Beschlüsse der Majorität zu vertreten, daß er dies aber persönlich nicht könne, da er nach wie vor für Ablehnung der Regierungs-Vorlage sei. — Herr Dr. Dernburg spricht sich für Aufhebung der Wuchergesetze aus. — Herr v. Senfft-Pilsach wünscht, man möge mit dem Gesetze wenigstens so lange warten, bis die neuen Landestheile darüber gehört seien. Herr v. Below befürwortet die Kommissions-Vorschläge. — Der Justizminister erklärt die letzteren für unannehmbar und unausführbar und tritt den Einwänden des Vorredners entgegen. Wenn ein Gesetz die Zustimmung beider Häuser des Landtages erhalten hat, so kann sein Wirkungskreis nicht weiter gehen, als er ihm von der Verfassung vorgeschrieben ist. Das Gesetz kann also nur für die alten Landestheile bis zum 1. Okt. 1867 Geltung haben. Die Verordnung sei durch ein lebhaftes Bedürfniß hervorgerufen worden. Der Verkehr habe durch die Verordnung in keiner Weise gelitten. Eine Vorlage über Reform der Hypotheken-Ordnung liege ausgearbeitet vor, werde dem Landtage jedoch erst zu geeigneterer Zeit zugehen. Was ein Vorredner über die Schuldhaft gesagt habe, sei theoretisch gerechtfertigt, praktisch jedoch schwer ausführbar. Schädliche Wirkungen der Aufhebung des Wuchergesetzes seien in keiner Weise bekannt geworden, wohl aber sei konstatirt, daß diese Aufhebung eine Wohlthat für das Land sei. Somit wiederhole der Minister seine frühere Bitte, der Verordnung vom 12. Mai die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Hr. v. Beurmann erklärt sich für unbedingte Annahme der Regierungs-Vorlage. — Hr. von Kleist-Retzow erklärt sich für den Kommissions-Vorschlag. — Handels-Minister Graf Itzenplitz: Die Aufhebung der Wuchergesetze sei ein Glied in der Kette der national-ökonomischen Entwickelungen, die sich nun einmal nicht hemmen lassen.

Neben dem Handelsgesetzbuche sei das Wuchergesetz nicht mehr haltbar, es sei jedoch außer in diesem Hause keine Beschwerde gegen die Verordnung laut geworden. Die Regierung bitte um Annahme der Vorlage; die Annahme des von der Kommission vorgeschlagenen Gesetzes erachte die Regierung einer Verwerfung des Gesetzes gleich. Die Hypothekenordnung sei fertig, konnte aber diesem Landtage, der auf schnelle Erledigung eines bestimmt begrenzten Materials nicht angewiesen war, nicht vorgelegt werden. Wollten sich die Grundbesitzer vor Gefahren, die ihrem Kredit angeblich durch die Aufhebung der Wuchergesetze erwachsen sollen, schützen, so mögen sie sich zur Selbsthülfe vereinigen. Mit den neuen Landestheilen hat der Gegenstand gar nichts zu thun, in diesen hat bis zur Einführung der Verfassung weder dieses noch das andere Haus mitzureden, sondern allein Se. Maj. der König zu befehlen. Der Minister schließt: Meine Herren! Ich bin ein alter Diener und Anhänger dieses Hauses und möchte nicht, daß sie die Vorlage verwerfen, es wäre dies gegen das Interesse dieses Hauses. Die Debatte wird geschlossen. Nach langer Debatte über die Fragestellung kommt man zur Abstimmung. § 1 des Gesetzes in der von der Kommission angenommenen Form wird bei Namens-Aufruf mit 66 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Dafür u. A. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, v. Klützow, Uhden, Dr. Götze. — Dr. Dernburg enthält sich der Abstimmung. — Darauf wird über die Regierungsvorlage namentlich abgestimmt. Die Regierungsvorlage wird mit 59 gegen 48 Stimmen angenommen.

Politische Rundschau.

Das Befinden des Jahres 1866 flößt immer ernstlichere Besorgnisse ein. Sein Abgang ist nahe. Mit dem kürzesten Tage hat auch das Jahr am Längsten gelebt. Das Jahr 1866 zieht mit gerechtem Stolze ab. Es war ein Jahr der Ereignisse, des Vollbringens. In der Geschichte Preußens hat 1866 nicht nur eine Seite, sondern einen ganzen Band für sich. Preußens Krone ist um vier Edelsteine reicher geworden, um Hannover, Hessen, Nassau und um Schleswig-Holstein, das schon zu lange auf Wartegeld der Annectirung gesetzt ist. Das Volk hat vermittelst seiner Vertreter für diese neuen Eroberungen dem Deus ex machina des Krieges, dem Ministerium Bismarck, und den Heldengöttern der Kriegsführung selbst, durch die beiden bedeutungsvollen Acte der Indemnität und der Dotation seine Anerkennung gezollt. Ein gebrechlicher Greis, der schon in seiner Jugend altersschwach war, obgleich er eigentlich nie aus der Kindheit heraustrat, ist klanglos und unbeklagt in diesem Jahre in das Meer der Vergessenheit hinabgesunken: der deutsche Bundestag. Wo er seine Plauderstunden abhielt und seine Schlafstelle hatte, in Frankfurt a. M., da ist es so nebelig und finster geworden, daß Preußen dort erst sein Licht muß leuchten lassen, um ein neues Morgenroth heraufzuführen. Auch das schläfrige Hannover wird unruhig, wach. Bisher hieß es: man springt eher von Calais nach Dover, als man sich amüsirt in Hannover. Doch plötzlich ist der „Kuckuck" in Hannover los, und man fängt dort an, recht lebendig — ungezogen zu werden. Die Hannoveraner halten sich, da sie die Welfenhosen verloren haben, für Sansculottes und benehmen sich als solche. Doch wenn Preußen die aus Hannover nach London ausgeführten Bankzettel außer Cours gesetzt hat, wird es dafür bei den Hannoveranern Denkzettel zur Geltung bringen, um die Umtriebe von Wien her außer Cours zu setzen. In Berlin selbst tagt das ministerielle Vorparlament zum volksthümlichen norddeutschen Parlament. Vom Landtage zum National-Tage — heißt es nun, oder: mit Kleinem hört man auf, mit Großem fängt man an. Das norddeutsche Parlament soll ein Landtag im Großen sein, und damit auch die Kleinstaaterei aufhören und das Großdeutschthum beginnen. Gelingt dies im Jahre 1867, so wird dasselbe noch herrlicher illustrirt sein, als 1866 durch seinen siebentägigen Krieg.

Die Idee eines Südbundes soll am Rhein, in Baden, Hessen und in der Rheinpfalz keinen günstigen Boden finden, und die von Außen aufgedrungene Agitation dafür, glaubt man, werde deshalb auf einen sehr engen Kreis beschränkt bleiben. Man ist der Ansicht, daß, wenn sich in Baden auch bei der Mehrzahl des Volkes der Willen kundgegeben, gewisse Garantien in Rücksicht des Anschlusses an den Norden festgestellt zu sehen, so doch die nationale Idee vor Allem maßgebend bliebe. Man sieht in dieser fast instinctiven Stimmung des rheinischen Volkes eine Bürgschaft für seine Zukunft und meint, sie zu beirren und abzulenken, hieße sich eine schwere Verantwortlichkeit der Nation gegenüber aufbürden.

Immer heiterer wird das Chaos in Oesterreich! Der ungarische Adreßentwurf liegt vor, der steiermärkische Landtag, der letzte der rückständigen, hat sich ausgesprochen, und das Bild der Wünsche Oesterreichs läßt sich nun überschauen. Welch' ein wirres, unlösbares Durcheinander! Die Polen verlangen, daß der Panslavismus auf die Fahne des Systems geschrieben werde, die Ungarn wollen die Führung in Oesterreich, die Czechen proklamiren die Gleichberechtigung der czechischen und ungarischen Staatsrechte, die Ruthenen drohen, auf Rußland hinweisend, mit Auswanderung, die Deutschen wollen den natürlichen Zusammenhang mit ihren deutschen Brüdern im Reiche erhalten, und bei alledem soll nach dem Grafen Belcredi „die Bahn frei sein!" Wir müssen gestehen, daß die Niederlage eine so vollständige ist, daß es keiner weiteren Opposition bedarf!" Unterdessen kommt die äußere Gefahr durch das Heranrücken der orientalischen Frage immer näher.

Auch scheint die Stellung des Herrn v. Beust, von welchem man sich in Oesterreich so viel versprochen, gegenwärtig bereits bedenklich erschüttert. In den deutsch-österreichischen Kreisen hat man von ihm erwartet, daß er gegen die Ultramontanen auftreten würde, und findet sich nun enttäuscht, indem der neue Minister vielmehr mit der clerical-aristokratischen Hofpartei sich auf einen möglichst guten Fuß zu setzen sucht.

Berlin, 19. December.

— Am Sonnabend, vor dem Diner bei Hofe, richtete der König eine kurze Ansprache an die Bevollmächtigten und betonte mit einem Rückblick auf die Vergangenheit, daß die Ereignisse sich gegen den Willen Preußens entwickelt hätten, das den Frieden gewünscht habe. Die Neugestaltung Deutschlands sei oberstes Pflichtgebot geworden. Jetzt handle es sich darum, den schon bestehenden norddeutschen Bund durch eine Verfassung zu regeln.

— Der König und der Kronprinz von Sachsen reisten heute Vormittag 11 Uhr ab. Der König, die Königin und die übrigen hohen Herrschaften waren auf dem Bahnhof. Vorher fand noch eine Unterredung mit dem Könige auf dem königl. Schlosse statt.

— Die Konferenz-Bevollmächtigten sind heute beim Kronprinzen und morgen beim Grafen Bismarck zur Tafel.

— Die Kammer hat ihre schwerste Zeit hinter sich, denn ihr Budgetrecht ist thatsächlich zur Anerkennung gelangt. In so fern schließt mit dem 18. December 1866 die wenig erfreuliche Periode des Budgetkonflikts ab. Es bricht sich, man mag es zugeben oder nicht, mehr und mehr in den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung Bahn, daß bei der veränderten Stellung Preußens in Deutschland mit dem früheren System nicht mehr auszukommen ist; die annectirten Gebiete sind nicht anders als durch ein freisinniges Regierungssystem an die alten Provinzen festzuketten. Hat doch in den neuen Ländern der preußische Staat seine Fürsprecher nur unter den Liberalen, wie auch Graf Eulenburg eingeräumt hat.

— Als der wahrscheinliche Termin für Eröffnung des norddeutschen Reichstages wird der „N. Pr. Ztg." der 15. Februar genannt. Wie mehrere Berliner Blätter melden, wird der Reichstag nach neuern Bestimmungen nicht, wie früher beabsichtigt war, im Abgeordnetenhause, sondern im Herrenhause tagen.

— Für die Vertretung in der Militär-Kommission des Bundestages sollen preußischer Seits namhafte Persönlichkeiten, die durch die letzten Ereignisse sich bewährt haben, in's Auge gefaßt sein.

— In Oesterreich herrscht eine saubere Wirthschaft, davon wissen die Gläubiger des Fürsten Esterhazy ein Lied zu singen. Die ungeheueren Güter des Fürsten, welche mit einer colossalen Portion Schulden belastet sind, wurden, um ihn vor dem Andrängen der Schuldner zu schützen, unter Sequester gestellt. Da aber der arme Mann doch leben muß und er auf den angebotenen Sequestrationsgehalt von 200,000 Fl. erklärte: „Will man mich denn verhungern lassen?", so wurde ihm ein Jahrgehalt von 300,000 Fl. ausgeworfen, den Se. Durchlaucht auch in aller Gemüthsruhe verzehrt, während die Gläubiger trotz aller Bemühungen selbst vor den Gerichten nicht zu ihrem guten, gar nicht bestrittenen Recht gelangen können.

— Der falsche Adel wird in Frankreich gewaltig überhand nehmen. Der Cassationshof in Paris nämlich hat entschieden, daß bürgerliche Gutsbesitzer ihrem Namen den des Gutes beifügen und sich damit einen adeligen Anstrich geben dürfen.

— Das Budget der Stadt Paris für 1867 ist auf etwa 241 Millionen veranschlagt worden. Manche Staaten von 10—12 Millionen Einwohnern bleiben dahinter zurück.

— Der Papst ist weder zur Krönung des Kaisers noch später zur Trauung desselben, noch zur Taufe des kaiserlichen Prinzen nach Paris gekommen, wie dies dort bei allen diesen Feierlichkeiten gewünscht worden war. Die Kaiserin will ihn nun angeblich bitten, zur Firmelung des kaiserlichen Prinzen die französische Hauptstadt mit einem Besuche zu beehren.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 20. December.

— Die gestern im Schützenhause Seitens der liberalen Partei tagende Versammlung Behufs Fortsetzung der Verhandlungen über die Wahlen zum norddeutschen Parlament wurde von Herrn R. Damme eröffnet. Derselbe bemerkt zunächst, daß mehrere Mitglieder der Versammlung ihn in der vorigen Sitzung mißverstanden hätten und der Meinung wären, er habe die Röckner'sche Resolution verlassen. Redner erklärt, daß die 23 Unterzeichner des Aufrufs zur Wahlversammlung nicht sämmtlich an der Resolution mitgewirkt hätten und dieselbe also nicht vereinbart sei. Es habe ihn allerdings verletzt, daß nach Herrn Röckner's Rede die 24 Abgeordneten, welche sich s. Z. für die Indemnitätsbewilligung erklärt, der Lächerlichkeit anheimgefallen sein sollen. Unter diesen Abgeordneten befinden sich Männer, wie Twesten u. s. w., welche durch ihr Verhalten die Achtung der ganzen Nation sich erworben haben. Die heutige Versammlung betreffend, theilt Herr Damme mit, daß solche der Polizeibehörde gemeldet worden, und ersucht die folgenden Redner, sich solcher zweideutigen Aeußerungen zu enthalten, welche eine Auflösung der Versammlung nach sich ziehen könnten. Die Röckner'sche Resolution wird nochmals verlesen und hierauf die eingegangene Resolution des Herrn R.-A. Lipke mitgetheilt, welche dahin lautet: Wir halten es für Pflicht, Männer in das norddeutsche Parlament zu wählen, deren politische Gesinnung und Charakterfestigkeit für die übertragenen Pflichten bürgt, welche das Parlament als ein Provisorium ansehen und die Einheit Deutschlands unter der Führung Preußens anstreben. Nächstdem wird der Rickert'sche Antrag, welcher von 310 Wählern unterzeichnet ist, verlesen: Die Versammlung erwählt zur Ausführung der Beschlüsse der Wählerversammlungen ein Comité von 25 Mitgliedern, welches sich erforderlichen Falls durch Hinzuziehung anderer Wähler erweitern kann. Dem Comité wird insbesondere aufgetragen 1) Wählerversammlungen Behufs Aufstellung von Kandidaten zu berufen; 2) den Verkehr zwischen den vorgeschlagenen Kandidaten und den Wählern zu vermitteln; 3) eine Vorabstimmung der Wähler über die Kandidaten in geeigneter Weise zu veranstalten; 4) die Vorbereitungen für die Wahl des von der Majorität bei der Vorabstimmung erwählten Kandidaten zu treffen. (Zu Mitgliedern des Comité's werden 25 Wähler empfohlen.) Herr Dr. Stein wird gefragt, ob er seinen bei der vorigen Sitzung eingebrachten Antrag aufrecht erhält, — was derselbe bejaht, jedoch die Abstimmung darüber hinter die über den Rickert'schen Antrag zu verlegen bittet, da beide Resolutionen im Wesentlichen übereinstimmen. Nunmehr wird in die Debatte eingetreten, und Herr Dr. Liévin erhält das Wort. Redner erklärt sich vollkommen mit der Ansicht einverstanden, daß die deutsche Einheit nur durch Preußens Vorgehen bewirkt werden könne, weil Preußen am Entschiedensten dem Fortschritt huldige. Es gebe aber zwei Wege dafür; davon sei der jetzt gewählte der bürgerlichen Freiheit nicht günstig, weil die Letztere sich dann nicht mehr entwickeln könne, wenn Einheit und Macht zuerst befestigt würden. Beispiele davon lieferten die Schweiz, Amerika und England, wo erst die Freiheit des Bürgers gesichert und demnächst Macht und Einheit begründet sei, wogegen Spanien und Frankreich im Gegensatze zeigten, welcher Druck ausgeübt werden könne, wenn die Macht der Freiheit vorauf ginge. Redner sei kein Verehrer des v. Bismarck'schen Reformplanes, wonach Oesterreich und die niederländischen Provinzen vom deutschen Bunde ausgeschlossen, ferner durch das Stimmrecht in pleno der alte Bundestag in das norddeutsche Parlament mit einigen Modifikationen wieder eingeführt werde. Da gelte das Sprichwort: Viel Geschrei und wenig Wolle! Was die Differenzen innerhalb der liberalen Partei anbelange, so beklage er dieselben sehr, denn wo sich erst ein Spalt zeige, finde sich alsbald ein Keil, und die Elemente trügen auch das Ihrige bei, denselben zu vergrößern; darum sei er zunächst gegen jede Zersplitterung. Er sehe noch nicht, daß die Regierung einen Einheitsstaat zu begründen, so fest entschlossen sei, vielmehr nur, daß Herrn v. Bismarck durch die unvorhergesehenen Erfolge des Krieges jetzt die Sachen über den Kopf wachsen. Die Annektirung Westpreußens sei eine lange vorbereitete gewesen und deshalb eine schnelle Organisation des Landes erfolgt; aber unsere jetzigen Annektirungen seien über Hals und Kopf gekommen. Dem Herrn seien wir Dank schuldig, aber es sei gefährlich, denselben so weit auszudehnen, daß darüber statt des Rechtsstaates ein Militärstaat werde. Die Auffassung, was Recht ist, sei mitunter eigenthümlich. Redner verstehe nur darunter, daß das Gesetz das allgemein maßgebende sei und bleibe, wozu natürlich gehöre, daß Krone u. Volk Eins seien. Wir hätten die Einleitungen zu den Ereignissen des Jahres nicht getroffen, sondern die Regierung, und deshalb fahre dieselbe fort, in ihrem Sinne zu verfügen. Der Situation mangele es noch an Klarheit. Die Militairreorganisation des deutschen Bundes sei für die Regierung, wie es scheine, die Hauptsache, specielle Parlamentsbefugnisse und Grundlagen fehlten noch. Wir könnten uns daher auf weiter nichts einlassen, als entschiedene Männer zu wählen, die Deutschland nicht der Einheit wegen in Trümmer fallen lassen, und zwar seien dieselben aus einem Comité zu wählen, sobald dasselbe erst konstituirt sei; mit entschiedenen Männern lasse sich etwas ausrichten. Hr. Th. Schirmacher: Er stimme mit Hrn. Dr. Stein darin überein, daß es schwer sei, einen politischen Gegner zu überzeugen, und wenn er Hrn. R.-A. Lipke vorgeworfen habe, daß derselbe eine Schwenkung nach Gotha gemacht — (der Vorsitzende unterbricht den Redner und bittet, persönliche Angriffe zu unterlassen.) Redner fährt fort und bemerkt, daß er an seinem politischen Glaubensbekenntnisse festhalte; wenn er in der vorigen Sitzung sich des Ausdrucks bedient habe: „unsere Abgeordneten hätten das Heft in Händen gehabt," so hätte er nicht das Zündnadelgewehr damit gemeint — sondern das Gesetz. Wenn zur Zeit der

Rückkehr des siegreichen Königs die Abgeordneten sich wie bittende Kinder an ihren Landesherrn als Vater gewendet und um Heilung der Wunden des Volks durch Freiheit in der Verfassung petitionirt hätten, dann wäre dies geschehen. Aber was nicht erbeten wird, kann auch nicht gewährt werden. Statt dessen wäre eine Zersplitterung der Fortschrittspartei durch die 24 Abgeordneten erfolgt und die Regierung habe die linke Hand zur Versöhnung geboten. Redner habe noch keine Spur von Versöhnung bemerkt. Redner verliest einen Artikel der „Post“ (welche Zeitung er für das Organ des Herrn v. Bismarck hält), der darauf hindeute. Schließlich wünscht derselbe, die Einigkeit der Fortschrittspartei herzustellen, und daß einem festen Fortschrittsmanne die Wahlstimmen zufallen mögen. Hr. Justizrath Weiß erklärt, daß er mit zu denjenigen gehöre, welche die Versammlung berufen hätten, und daß er zu der alten Fortschrittspartei zähle und nicht zu der Fraktion, welche auf gemeinsamer Reise eine Schwenkung nach Gotha hin gemacht habe. Es sei der Resolution Röckner der Vorwurf gemacht, daß sie allgemeine Phrasen enthalte, das sei aber nicht der Fall — vielmehr sei dieselbe kernig. Das Hauptgewicht sei darin auf das Wort „Rechtsstaat“ gelegt. Die Führung Norddeutschlands unter Preußens Fahne sei selbstverständlich. Die Partei beabsichtige ein Recht zu verlangen, das sich nicht biegen und deuten lasse, gesichert werde und dann die Einheit fördere; die Macht bilde die Grundpfeiler des neuen Baues — das Recht aber den Schlußstein. Ferner verlange die Partei ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz, das Recht der Steuerbewilligung, das Versammlungsrecht, Rede- und Preßfreiheit und Selbstverwaltung der Gemeinden; das seien Gesetze, ohne die ein Einheitsstaat nicht gedacht werden könne. Wir wollen das norddeutsche Parlament nur als ein Provisorium ansehen, in welches das übrige Deutschland eintrete, also ein Recht habe, das Haus mit uns zu bewohnen, welches wir errichten. Die Herren Neu-Gothaer stimmen in mehreren Punkten mit uns überein, nur wollen sie das Recht hinter die Einheit verlegen, wir wollen aber fest auf unserm Standpunkt stehen bleiben, die Herren haben sich von uns getrennt und nicht wir von ihnen. Mit Schmutz beworfen haben wir die 24 Abgeordneten nicht, sondern nur Kritik geübt, und das muß sich Jeder gefallen lassen, der als Vertreter gewählt ist. Daß Einheit schon ein Stück Freiheit sein soll, bezweifelt Redner, da der selige Bundestag auch ein Stück Einheit gewesen, aber selbst mit einem 500fachen Mikroskop keine Freiheit in dessen Beschlüssen zu finden gewesen wäre. Ein Referent der Danziger Zeitung vergleicht uns mit Hungerleidern, die eine Hälfte des Ochsen nicht nehmen wollen. Ja, wir sind Hungerleider am Recht. Man bietet uns nicht den halben Ochsen, sondern nur die Knochen. Auf die Frage: was werdet ihr machen, werdet ihr sie über Bord werfen? muß ich antworten: so leid es mir thut, laßt sie scheiden, wenn sie es nicht anders haben wollen — glückliche Reise! Hr. Rickert vertheidigt die 24 Abgeordneten, namentlich Twesten, den unermüdlichen Kämpfer für Recht und Freiheit, bezweifelt, daß die „Post“ ein Organ des Ministers v. Bismarck sei und theilt Hrn. Schirmacher mit, daß die Elbinger Anzeiger ihm einen Artikel geweiht hätten, verliest (unter großer Unruhe der Versammlung) die Adresse des Abgeordnetenhauses an den König Behufs Rechtfertigung der 24 Abgeordneten und weist darauf hin, daß Worte nicht Thaten sind, wie dies in letzter Zeit die Fortschrittspartei dem Nationalfonds gegenüber bewiesen habe. Die Wahrheit zu bekennen, wie die 24 Abgeordneten gethan, dürfe man sich nicht schämen. Die englischen Zeitungen urtheilten darüber sehr richtig. Was die Comitéwahl anlange, so seien auf dem Wahlzettel 25 Männer aus allen Schattirungen der liberalen Partei zusammengestellt. Solchen Männern wie Jacobi könne er aber seine Stimme nicht geben, die es für ein Unglück halten, daß Oesterreich aus dem deutschen Bunde ausgeschlossen sei. Der Vorsitzende bittet, den 23 Wählern das Vertrauen zu schenken, daß dieselben für die liberale Partei einen Centralpunkt schaffen würden, der gegen Zersplitterung in den Fraktionen schütze. Hr. Röckner will sich aller persönlichen Invektiven enthalten und nur das Programm der nationalen Partei kritisiren. Es sei in dem Wahl-Aufruf des National-Comité's von der Formation des Bundes u. s. w. gesprochen; das sei aber schon Alles fertig, die Aufgabe der Volksvertreter sei, nicht die Macht, sondern das Recht zu befestigen; auswärtige Politik zu treiben, würde ebensowenig ihre Sache sein, sondern nur die Kosten dafür zu bewilligen. Redner geht auf den Gothaismus näher ein und bezeichnet denselben als Krankheit des Liberalismus mit dem Namen Vertrauensseligkeit — solche Kranke hielten radikale Reden und stimmten schließlich konservativ. Zu Manteuffel's Zeiten sei der Gothaismus entstanden, und wer da glaube, daß Hr. v. Bismarck sich die liberale Partei geneigt machen wolle, sei auch in demselben Wahne befangen. Die Verdienste des Abgeordnetenhauses wolle er nicht verkleinern, aber doch behaupten, daß sie die Fühlung mit dem Volke verloren hätten. Herr Röckner führt das Dotationsgesetz als Beispiel an und verliest eine Erklärung Frenzels darüber. Schließlich erklärt Redner alle die Herren, welche seine Resolution nicht unterschreiben würden, für Gothaer. Herr Lipke greift Herrn Schirmacher wegen der früheren Heldensprache und seines jetzigen Kindervergleichs, Herrn Dr. Liévin wegen der Rechtsauslegungen und Hrn. Röckner wegen der Dotationsansichten an und behauptet, ohne Armee-Reorganisation wäre Alles unausgeführt geblieben; die Verfassung enthalte alle Grundrechte des Volks. Es wird lebhaft der Schluß der Diskussionen gewünscht, worauf noch einige persönliche Bemerkungen und dann die Abstimmung über die Resolutionen erfolgt. Die Stimmzähler entscheiden sich für die Majorität der Röckner'schen gegen die Lipke'sche Resolution, was nicht anerkannt wird; dagegen wird der Rickert'sche Antrag (ohne Namen) mit großer Majorität angenommen. Hr. Damme verspricht, baldigst eine dritte Versammlung anzuberaumen, und die Versammlung trennt sich gegen 10 Uhr.

— Nach der neuen Regulirung der Grundsteuer im preußischen Staate (ausschließlich der annektirten Landestheile) ergiebt sich, daß die steuerfreien Grundstücke, nebst den ertraglosen Grundstücken und den Hausgärten, eine von der Grundsteuer freie Gesammtfläche von 17,133,243,75 Morgen oder 795 geographische Quadratmeilen repräsentiren, 15,7 pCt. der Gesammtfläche.

— Für die Festungs-Artillerie ist ebenfalls die Einführung gezogener Geschütze überall angeordnet. Die Festungsbestände sind hiernach zu completiren, so daß für eventuelle Kriegsfälle eine vollständige Armirung mit obigen Geschützarten bewerkstelligt werden kann.

— Gestern Abend bald nach 8 Uhr fand auf dem Kaufmann Peters'schen Grundstücke Langgarten Nro. 70 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt, der zur Alarmirung der Feuerwehr führte und von dieser bald beseitigt wurde.

— Der Schlosserlehrling Paschke, Sohn des Kastellans der Petrischule, ist gestern auf der Königl. Werft von einem herunterstürzenden Schornstein erschlagen worden.

— [Weichsel-Trajekt vom 19. Decbr.] Terespol-Culm theils per Handkahn, theils zu Fuß über die Eisdecke; Warlubien-Graudenz unterbrochen und Czerwinsk-Marienwerder zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht.

Marienburg. Es ist mit der Aufstellung der Turnhalle begonnen, deren colossale Fundirungsarbeiten und Erdauftrag sehr viel Zeit und Geld gekostet. Noch vor Weihnachten werden die Zimmerleute die Aufstellung vollenden, damit bei erster günstiger Witterung im Frühjahr die Ausmauerung erfolgen kann. -- Unser Caplan Conrad ist als Commandarius an Stelle des verstorbenen Pfarrers Stobbe nach Gr Montau versetzt.

Vermischtes.

— Eleonore, Erbherzogin von Oesterreich, betete täglich für ihre Wohlthäter. — Befragt, wen sie darunter verstehe, antwortete die Fürstin: „Meine Unterthanen, welche mich durch ihrer Hände Arbeit ernähren.“

— Ein eigenthümliches Urtheil wurde neulich in Memphis in Californien gefällt. Ein Dieb hatte sich in einer Schlinge gefangen, welche man an der Thür eines Getreideschobers befestigt hatte. Seine Absicht war unverkennbar, denn er hatte sich zwei leere Getreidesäcke mitgebracht, an deren Füllung er freilich durch die fatale Schlinge und seine darauf erfolgte Festnehmung verhindert wurde. Der Richter sprach indessen den Angeklagten frei, weil die leeren Säcke eben ein Beweis seien, daß derselbe nicht gestohlen habe, und weil es Jedem freistehe, in eine Schlinge hineinzugehen, wenn es ihm Vergnügen mache.

Räthsel.

Die ersten beiden Sylben flechten, weben
Der Rosen viele in das Erdenleben;
Doch werden sie den Männern oft zu theuer
Und dämpfen so das helle Liebesfeuer.
Die dritte hören alle Menschen gern,
Ob sie ertöne nahe oder fern.

Wird dir die dritte von den ersten beiden,
Dann freu' dich ihrer Gunst und sei bescheiden,
Und spendest du sie ihnen unverdrossen,
Dann hast du reichlich ihre Gunst genossen.
Das Ganze war ein Dichter alter Zeit,
Sich selbst zu singen, war er stets bereit. L. B.

[Auflösungen werden in der Exped. d. Bl. entgegengen.]

Meteorologische Beobachtungen.

19	4	338,81	+ 3,2	WNW. frisch, uebelig.
20	8	338,84	+ 4,2	NW. stürmisch, bedeckt.
	12	339,52	+ 4,6	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 20. December:
2 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt am 20. Decbr.:
Oliva (SD.), Lietz, n. London m. Gütern, liegt auf der Rhede zu Anker.

Nichts in Sicht. Wind: NW.

Course zu Danzig am 20. December.

	Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	6.21⅞	6.21¾	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%	77½	—	—
do. 4%	—	—	84½
do. 4½%	93¾	—	—
Pr. Rentenbriefe	90¼	—	89¾

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 20. December.

Weizen, 160 Last, 128.31pfd. fl. 580—615; 132pfd. fl. 620; 123.24pfd. fl. 540; 124.25pfd. fl. 555; 116.17pfd. fl. 470 pr. 85pfd.
Roggen, 115.16pfd. fl. 324; 121pfd. fl. 339; 122pfd. fl. 345; 127pfd. fl. 357 pr. 81⅚pfd.
Hafer, fl. 180 pr. 50pfd.
Weiße Erbsen fl. 351—360 pr. 90pfd.

Angekommene Fremde.

Hotel de Berlin:

Die Kaufleute Ansbacher a. Neustadt a. S., Müller a. Würzburg, Reinhardt a. Stettin u. Giese a. Braunschweig.

Hotel du Nord:

Pr.-Lieut. u. Brig.-Adjut. v. Usedom a. Königsberg. Apotheker Behrendt a. Schönbaum. Frau Director Carré a. Königsberg.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Kaufleute Löwe a. Berlin, Seligmann a. Mainz u. Waise a. Einsbeck. Oberschulz Classen a. Stegnerwerder.

Walter's Hotel:

Die Rittergutsbes. Pieper a. Puc. Röll a. Glomm, Stolzenburg a. Alt-Steudritz, Tretschack a. Löthau u. Rehefeldt a. Stecklin. Gutsbes. John n. Gattin a. Tomaszewo. Die Kaufleute Ganſereit a. Berlin u. Viereck a. Berent. Apotheker Borchardt a. Berent.

Hotel de Thorn:

Die Gutsb. Speiser a. Budisch, Wessel a. Stüblau und Zimdars a. Langfelde. Die Kaufl. Michalsky aus Königsberg, Sykorsky a. Marienburg, Brederlow und Engelmann a. Berlin.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Die Rittergutsbes. Plehn a. Summin u. v. Palubicki a. Liebenhof. Oberförster Otto n. Gattin a. Steegen. Die Kaufleute Ebers a. Berlin, Stoll a. Fürth u. Bock a. Königsberg.

Hotel d'Oliva:

Die Rittergutsbes. v. Lisniewski a. Reddischau, Möller n. Gattin a. Kaminitza u. Dieckhoff a. Prczewoz. Frau Ober-Amtmann Krause n. Fräul. Hildebrandt a. Kehrwalde. Die Kaufleute Jantzen a. Magdeburg, Migowds u. Fischer a. Königsberg u. Bauer a. Gumbinnen.

Grosse

Weihnachts-Ausstellung

1. Damm Nr. 12.

Zum bevorstehenden Feste empfehle ich meine großen Vorräthe an **Pfefferkuchen** in allen Größen, **Berl. Steinpflaster, Pfeffer-, Mandel-** und **Zucker-Nüsse, Rand-** und **Figuren-Marzipan,** beides in der mannigfachsten Formen-Auswahl, **Confekte** und **Bonbons** in Frucht-Flaschen und andern Nippes-Formen, mit und ohne Liqueur-Füllung, sowie **Naschwerk** zum

Ausputz der Weihnachtsbäume.

G. Eyssner,

Bonbon- und Pfefferkuchen-Fabrikant,
(früher Goldschmiedegasse), jetzt **1. Damm 12.**

Marzipan-Ausstellung

31. Jopengasse 31.

Einem geehrten Publikum Danzigs und Umgegend erlaubt sich Unterzeichneter seinen sauber und wohlschmeckenden **Marzipan** in größter Auswahl zu empfehlen, bestehend in **Figuren-, Spiel-, Rand-** und **Satz-Marzipan** in jeder beliebigen Größe. Ferner **Thee Confekt, gebrannte Mandeln, Makaronen, Zuckernüsse** u. **Baum-Confekt** zu den billigsten Preisen.

Um zahlreichen Zuspruch bittet

Carl Challier,
Jopengasse 31.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle mein Lager **gold. u. silb. Taschenuhren, Regulateurs, Schwarzwalder Wanduhren** in den verschiedensten Facons, mit Bronce-Rahmen und silb. Vorbronce-Porzellan, Photographie-Rahmen, Glaseinlagen, Blechlack-Blättern rc. Zu Geschenken für Knaben und Lehrlinge empfehle eine Auswahl **schon getragener gut erhaltener Taschenuhren** unter Garantie zum billigsten Preise.

Aug. Rohleder jun.,
Breitgasse 122.

Thierärztliche Bestecke, Taschen- und Federmesser, Scheeren rc., eigenes Fabrikat, empf. **W. Krone,** chirurg. Instrumentenmacher und Messerfabrikant, **Holzmarkt 21.**

Respirator (Lungenschützer) am billigsten bei **W. Krone, Holzmarkt.**

Königsberger Neue Zeitung.

Redakteur: **B. Stein.**

Die Königsberger Neue Zeitung wird in dem mit dem 1. Januar k. J. beginnenden Quartale in vergrößertem Format und somit auch mit bedeutend vermehrtem Inhalte erscheinen.

Die verantwortliche Redaktion des Blattes übernimmt mit dem 1. k. M. Herr B. Stein, früherer Redakteur der Preußisch-Littauischen Zeitung; der bisherige Redakteur, Herr A. Stobbe, wird auch fernerhin für die Zeitung thätig sein.

Die Redaktion, auf dem Boden der vollendeten Thatsachen stehend, erkennt es als ihre Hauptaufgabe an, die staatliche Einheit Deutschlands und mit dieser zugleich die freiheitliche Entwickelung des Vaterlandes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu fördern; beide Bestrebungen sind unzertrennlich von einander. Preußen kann seine große Aufgabe, aus dem gegenwärtigen Chaos ein einheitliches Deutschland zu erschaffen, nur lösen, wenn es allen anderen deutschen Staaten auf der Bahn des Fortschritts vorangeht und den durch preußische Waffen eroberten Volksstämmen diese Eroberung zur Befreiung werden läßt.

Die Zeitung wird bemüht sein, durch ihren reichhaltigen Inhalt, auch auf dem Gebiete der merkantilen und gewerblichen Interessen, sowie durch Mittheilungen aus der Provinz allen Anforderungen so weit als möglich zu entsprechen. Wichtige Ereignisse werden wir telegraphisch, die Kammer-Verhandlungen in der Regel am Tage darauf bringen.

Inserate kosten pro Petitzeile 1 Sgr.

Bestellungen auf die Zeitung für 1 Thlr. 5 Sgr. pro Quartal nehmen sämmtliche Postämter entgegen.

Die Expedition.

Dombau-Loose à 1 Thaler,
König Wilhelm-Loose à 2 u. 1 Thaler
sind zu haben bei **Edwin Groening.**

Zur Ausschmückung der Christbäume empfiehlt die neuesten

Glasfrüchte & Glaskugeln

das

Kurz- & Spielwaaren-Lager
Grosse Gerbergasse 11.

Freitag, den 21. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des Gewerbehauses das **Weihnachtsfest** für die Zöglinge des Kinder-Gartens statt, zu dem wir die Mitglieder und Freunde unseres Vereines hiemit einladen.

Der Vorstand des Kindergarten-Vereins.

Pettschafte und **Wäschestempel** mit 2 Buchstaben, für jeden Namen passend, sowie Kupferschablonen zum Wäsche-Zeichnen in gothischer und lateinischer Schrift, Cottillon-Orden und Peitschen, Tanz-Ordnungen in größter Auswahl sind stets vorräthig bei
J. L. Preuss, Portechaisengasse 3.

Briefbogen mit **Damen-Namen** sind zu haben bei **Edwin Groening.**

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 21. Dec. (71. Abonn.-Vorstellung.) **Klein Geld.** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 6 Bildern von Emil Pohl. Musik von Conradi.

Leutholtz's Local.

Soirée musicale

an den vier Weihnachts-Abenden, den **21., 22., 23.** und **24.** d. M., von der Kapelle des Königl. 4. Ostpr. Grenad.-Regts. Nr. 5, unter persönlicher Leitung des Herrn Musikmeisters **Schmidt.**

Gambrinus-Halle.

An den 4 Weihnachts-Abenden, 21, 22., 23. u 24. d.:

CONCERT

von der Kapelle des Königl. 3. Ostpreuß. Grenadier-Regiments Nr. 4, unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Buchholz.**

Anfang **7** Uhr. Entree $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Adolph Korb.

NB. Von heute ab ganz vorzügliches Salvator-Bier.

Auf dem Fußboden meines Comtoirs sind gestern Abend Banknoten im Betrage von 200 Thlrn. gefunden. Der sich legitimirende Eigenthümer kann dieselben bei mir in Empfang nehmen.

Edwin Groening.

Gänzlicher Ausverkauf

des Kurz-Waaren-, Band- und Garn-Lagers,
Große Gerbergasse 11.

Es kommen jetzt zum Verkauf:
Spiel-Waaren, Portefeuille- und Leder-Waaren, Strick- und Zephir-Wollen, Crinolinen, nützliche Gegenstände zu Weihnachts-Geschenken.

Nützlichste Weihnachtsgeschenke zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

Elegante dauerhafte seidene Regenschirme pr. Stück $1\frac{3}{4}$, $2\frac{1}{4}$, 3, $3\frac{1}{2}$ Thlr.
Alpacca-Regenschirme pr. Stück $1\frac{1}{4}$, $1\frac{1}{2}$, $1\frac{3}{4}$ Thlr.
Regenschirme von engl. Leder u. Baumwolle pr. Stück 15, 20 Sgr., 1, $1\frac{1}{4}$ Thlr.
Elegante seidene Sonnenschirme u. Entredeux pr. Stück $22\frac{1}{2}$ Sgr., 1, $1\frac{1}{2}$ Thlr.
Eleganteste gefütterte Entredeux, Ladenpreis 3, 4, 5 Thlr., für $1\frac{1}{2}$, $2\frac{1}{2}$, 3 Thlr.

in der Schirmfabrik von Alex. Sachs a. Berlin u. Cöln a. R.,
Matzkausche-Gasse.

Zu Festgeschenken geeignet

empfehle **Ansichten von Danzig** in reichhaltigster Auswahl,
nur in sauber und correct ausgeführten Exemplaren.

Atelier: Langgasse 15. **A. Ballerstaedt.**

Aufträge von außerhalb werden umgehend effectuirt.

Hauptgewinn 25,000 Thaler
mit einem Einsatz von nur Einem Thaler.

Die Gewinne werden ohne jeden Abzug baar ausgezahlt.

Kölner Dombau-Lotterie

zum Ausbau der Thürme des Domes zu Köln.
Ziehung am 9. Januar 1867.

1 Hauptgewinn von	Thlr. 25000	12 Gewinne von ...	Thlr. 500 = 6000
1 Gewinn von	" 10000	50 " " ...	" 200 = 10000
1 " "	" 5000	100 " " ...	" 100 = 10000
2 Gewinne von Thlr. 2000 =	" 4000	200 " " ...	" 50 = 10000
5 " " " 1000 =	" 5000	1000 " " ...	" 20 = 20000

eine Anzahl gediegener Kunstwerke von zusammen 20,000 Thaler Werth.

Loose zu Einem Thaler per Stück sind zu beziehen
von den General-Agenten in **Köln:**
Albert Heimann, Bischofsgartgasse 29. D. Löwenwarter, Waisenhausgasse 33,
sowie in Danzig von Th. Bertling, Edwin Groening, A. Schlüter und Constantin Ziemssen.

Jedes Loos kostet nur Einen Thaler.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.